

Beantwortung Tiroler Grüne im Namen Gebi Mair und Petra Wohlfahrtstätter

Die aktuellen Hitzewellen und Dürre-Katastrophen weltweit machen uns die Dringlichkeit des Klima- und Umweltschutzes schmerzhaft bewusst. Wir wollen von Ihnen erfahren, ob Sie bereit sind diese wichtigsten Probleme unserer Zeit konsequent und mit großem Engagement anzugehen.

1.Frage: Enkeltaugliche Zukunft: Ist Ihnen bewusst, dass es nicht darum geht „den Planeten“ zu retten, denn die Erde existiert auch ohne Menschen noch einige Milliarden Jahre. Im weitesten Sinne gibt es auch keinen Klima- und Umweltschutz, sondern nur den Schutz des Menschen vor sich selbst. Es geht darum, das Fortbestehen der Menschheit zu sichern. Wir brauchen großes Engagement, um das Überleben unserer Kinder und Enkel zu ermöglichen. Wir haben maximal 2 Legislaturperioden Zeit, um eine Kurskorrektur zu vollziehen und Klimaneutralität zu erreichen. Stimmen Sie diesen Aussagen zu?

Voll und ganz. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Es geht ganz klar darum in den nächsten Jahren alles zu unternehmen um uns Menschen zu retten. Wir wollen doch alle eine lebenswerte Zukunft ohne Klimachaos.

2. Frage: Pariser Klimaabkommen: Das Pariser Klimaabkommen ist auch für Tirol bindend. Planen Sie das Ziel die Erderhitzung auf +1.5 °C zu begrenzen, in die Tiroler Landesordnung aufzunehmen, oder als Alternative ein Klimaschutzgesetz auf Landesebene einzuführen?

Tirol hat jetzt schon 1,8 Grad Erwärmung und es sind sogar 3-3,5 Grad zu befürchten weil die Erderwärmung regional unterschiedlich fortschreitet. In den Alpen sind wir besonders stark betroffen. Wir treten für ein wirksames Klimaschutzgesetz ein. Mit dem Klimacheck haben wir einen den Fuß in der Tür. Klimaschutz steht in der Landesverfassung, aber die Wirksamkeit eines Klimaschutzgesetzes würde uns stark helfen.

3. Frage: Klimacheck für alle neuen Gesetze und Förderungen: Werden Sie neue Gesetze, Verordnungen, Erlässe und Richtlinien, sowie vom Land Tirol bereitgestellte Fördermöglichkeiten auf Ihre Klimaauswirkungen hin untersuchen und nur solchen Förderungen, Gesetzen, Verordnungen, Erlässen und Richtlinien zustimmen bzw. solche beschließen, die positive Auswirkungen auf das Klima haben? Bestehende Gesetze und Förderungen, welche klimaschädigende Auswirkungen haben, müssen klimafreundlicher gestaltet werden. Die Ergebnisse des Klimachecks für Gesetze (Einführung Juli 2022) müssen rechtlich bindend sein. Stimmen Sie dem zu?

Ja. Die Vergangenheit hat gezeigt: Sonntagsreden und Absichtserklärungen hatten wir genug. Es braucht Rettungsmaßnahmen ohne Wenn und Aber.

4. Frage: Beauftragter für die künftigen Generationen: Befürworten Sie die Idee, die Stelle eines „Beauftragten für die künftigen Generationen“ zu schaffen? Vorbild wäre Wales mit Sophie Howe in der Funktion eines Future Generations Commissioner, eine Lobbyistin für die zukünftige Generationen. Alle Gesetzesvorlagen der walisischen Regierung werden von ihr dahingehend überprüft, ob sie die Interessen der Jüngeren auch genügend berücksichtigen.

In unserem Landtagswahlprogramm findet sich eine Jugendverträglichkeitsprüfung ähnlich der bestehenden Umweltverträglichkeitsprüfung, die auch die Auswirkungen der politischen Entscheidungen auf zukünftige Generationen beinhalten soll.

Siehe auch: „Meet the world's first 'minister for future generations“

<https://www.theguardian.com/world/2019/mar/02/meet-the-worlds-first-future->

generationscommissioner

5. Frage: Unterstützung der Klimaneutralität 2040: Der Klima-Fahrplan auf EU- und Bundesebene sieht Klimaneutralität bis 2040 vor. Bereits 2030 soll der Strom zu 100% aus erneuerbaren Quellen kommen. Decken sich diese Ziele mit Ihren zukünftigen Zielen in der Landespolitik?

Wir müssen ambitionierter werden: der Strom ist das eine. Die Dekarbonisierung von Mobilität und Raumwärme ist aber das andere. Natürlich fehlt uns in der Stromproduktion auch ein Mix aus Windkraftanlagen, Photovoltaik, Geothermie und Biomasse zusätzlich zum ökologisch verträglichen Ausbau der Wasserkraft. Die große Herausforderung ist es aber, Öl und Gas aus Mobilität und Raumwärme zu bringen. Die Klimakrise wird die teuerste aller Teuerungen werden, wenn wir den Umstieg auf 100% erneuerbare Energie jetzt versäumen.

6. Frage: Erstellung eines Klima- und Energiekonzepts:

a) Sind Sie dafür, dass es auf Landesebene ein Klima- und Energiekonzept mit der Ausrichtung Klimaneutralität bis 2040 und einem festgelegten Treibhausgas-Budget gibt und dessen Umsetzung jährlich öffentlich evaluiert wird? Ja.

b) Soll dieser Klima-Fahrplan auch im Landtag beschlossen werden? Ja.

Anmerkung zur 6. Frage: Es existieren bereits die „Energie-Ziel-Szenarien Tirol 2050 und 2040 mit Zwischenzielen 2030 vom September 2021“

(https://www.uibk.ac.at/bauphysik/forschung/projects/tirol2050/21-08-27_bericht-szenarien-2050-und-2040-final.pdf): In diesem Plan wird der Anlagenzubau beschrieben, der nötig ist, um bis 2050 vollständig auf regenerative Energien umzustellen.

Wir sehen besonders die Herausforderung bei Wind und Photovoltaik. Hier haben die politischen Mitbewerber in den vergangenen Jahren leider blockiert. Häufig wird aber vergessen, dass ein wesentlicher Teil des Szenarios auch die Energieeinsparung und Energieeffizienz darstellt.

7. Frage: Reduktion Bodenverbrauch / Versiegelung: Die Raumordnung hat einen bedeutenden Einfluss auf das Verkehrsaufkommen. Der Sektor Verkehr ist in Tirol für einen großen Teil der CO₂-Emissionen verantwortlich. Gemäß Programm der österreichischen Bundesregierung soll der Bodenverbrauch möglichst gering gehalten werden und die jährliche Flächeninanspruchnahme bis 2030 auf ein 1/4 der jetzigen Bodenverbrauchsrate reduziert werden. Sind Sie für eine umfassende Reform der Tiroler Raumordnung sowohl auf Landes-, als auch auf Gemeindeebene zur Verhinderung weiterer Zersiedelung und Versiegelung der Tiroler Landschaften?

Ja, in unserem Landtagswahlprogramm findet sich das Ziel Netto-Null bei der Bodenversiegelung wieder. Wir konnten im Landtag erste Programm zur Entsiegelung von Boden durchsetzen, der Bodenverbrauch in Tirol ist aber immer noch enorm. Gerade in einem Land mit nur 12% besiedelbarer Fläche ist das ein besonderes Problem, weil wir schließlich auch Flächen für regionale Landwirtschaft brauchen. Das beste Energiesparhaus ist aus unserer Sicht das Verkehrssparhaus, und das ist auch eine Raumordnungs- und Wohnbauförderungsfrage: Wohnbauförderung sollte dort besonders hoch sein wo Öffi-Achsen vorhanden sind. Eine Mindestbedienqualität im öffentlichen Verkehr gehört dann auch dazu. Und überhaupt soll die Raumordnung gegen Bodenverbrauch wirken. Hier braucht es vor allem dringend mehr überörtliche Raumordnung, weil die Gemeinden mit der örtlichen Raumordnung bisher leider äußerst schleißig umgegangen sind. Bodenfraß mit Einkaufszentren gehört dazu. Wir wollen vor allem auch Brachflächen mehrfach nutzen: Großparkplätze ohne Photovoltaik im „zweiten Stock“ soll es nicht mehr geben zum Beispiel.

8.Frage: Biodiversität: Eine von der EU Kommission in ihrer Biodiversitätsstrategie geforderte Maßnahme ist es, 30% der Land- und Meeresflächen außer Nutzung und unter Naturschutz zu stellen. Setzen Sie sich dafür ein, in Tirol 30% der nutzbaren Landesflächen langfristig unter Naturschutz oder außer Nutzung zu stellen und versiegelte Flächen wo es möglich ist zu begrünen?

Ja natürlich, wir Grüne stehen für eine Ausweitung von Schutzgebieten in Tirol. Wir haben auch schon konkrete Vorschläge für neue Schutzgebiete gemacht, beispielsweise zwischen Gilfert und Glungezer oder im Forchetwald oder grenzüberschreitend im Ammergebirge. In den vergangenen Jahren haben wir auch den Schutz durch Natura 2000-Gebiete vorangetrieben und die Schutzgebiete am Kaunergrat und Hochzillertal wesentlich vergrößert. Wir unterstützen auch Aufwertungen von Schutzgebieten zu Nationalparks. Jedes Schutzgebiet ist ein harter Kampf gegen Sonderinteressen von Lobbyisten und Projektanten. Nur mit starken Grünen geht hier etwas weiter.

9. Frage: Mobilität:

a) Soll im Land Tirol das Angebot bzw. die Infrastruktur für den nichtmotorisierten Verkehr und den öffentlichen Verkehr deutlich ausgebaut werden - mit entsprechender Umschichtung der finanziellen Mittel?

Ja. In den öffentlichen Verkehr, in Fußgänger*innen und Radfahrer*innenmobilität muss viel mehr Geld fließen als in den motorisierten Individualverkehr. In den letzten 10 Jahren ist es uns bei den Öffis gelungen eine Trendwende einzuleiten. Hier war Tirol absoluter Vorreiter. Beim Radwegeausbau hinken wir nach wie vor hinterher. Alles voran bei den Alltagsradwegen. Dabei zeigen länder wie Holland oder Belgien: stimmt die Infrastruktur - steigen die Menschen gerne aufs Fahrrad um.

b) Sind Sie bereit, zur Mobilitätswende auch dadurch beizutragen, dass das Land auf Maßnahmen verzichtet, die den Pkw-Verkehr weiter erhöhen würden?

Ja. Wir wollen überhaupt keine Kapazitätserhöhung bei Landesstraßen wie sie andere Parteien zum Beispiel mit Fernpass-Straßentunnel, Tschirgantunnel und Co wollen.

10. Frage: Agrarwende: Im Zuge der aus Klimaschutzgründen notwendigen Agrarwende wird der Bedarf an pflanzlichen Proteinquellen weltweit steigen.

a) Sind Sie für die Stärkung einer nachhaltigen, biologischen und regionalen Landwirtschaft in Tirol, die auch einen Schwerpunkt setzt auf Unterstützung rein pflanzlicher Lebensmittelproduktion und Veredelung (zB: Leguminosenanbau, Glashäuser, Bäume, Tofuproduktion, Pflanzenfleisch, Pilzzucht...)?

Ja, die Landwirtschaft in Tirol braucht hier eine Transformation. Eine Tiroler Landwirtschaft, die weiter so stark auf Fleisch und Milch setzt produziert am zukünftigen Markt vorbei. Die Transformation bietet sich auch jetzt gut an, weil klimaadaptive Maßnahmen sowieso getroffen werden müssen. Im Inntal gibt es bereits Melonenanbau, der Weinanbau hat an Qualität stark gewonnen. Wir wollen jedenfalls eine Landwirtschaft, die uns regional und biologisch möglichst das ganze Jahr versorgen kann und wollen die öffentlichen finanziellen Mittel dafür gezielt einsetzen.

b) Werden Ihrer Meinung nach in den Landwirtschaftlichen Ausbildungsstätten die klimatreibende Wirkung der Rinderhaltung und des Konsums von tierischen Nahrungsmitteln ausreichend thematisiert?

Hier gab es in den vergangenen Jahren bereits Verbesserungen, aber wir sind in der Transformation der Produktpalette noch lange nicht dort wo wir hinwollen, und das beginnt mit

Innovation an den landwirtschaftlichen Bildungsstätten.

11. Frage: Nachhaltigkeit in der Bildung:

a) Sollen in allen wissenschaftlichen Disziplinen der Universität Innsbruck weitere Studienprogramme mit Nachhaltigkeitsschwerpunkt etabliert werden?

Ja.

b) Sollen Nachhaltigkeitsaspekte in Kindergärten und Schulen altersentsprechend thematisiert werden?

Ja. Aus unserer Sicht bringen Kinder ein Verhalten mit, das sehr umweltfreundlich ist und werden durch die Gesellschaft erst zu unserem umweltschädlichen Verhalten gebracht. Kinderbildung ist am Ende immer ein Dialog zwischen Kindern und Erwachsenen.

12. Frage: Bedrohung der grundrechtlichen Freiheit durch zu wenig Klimaschutz: Weniger ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen werden dazu führen, dass die nachfolgenden Generationen zu massiven Emissionsminderungen gezwungen werden, die fast alle Freiheiten massiv einschränken werden. Unsere Kinder und Enkel müssen sich dann nicht nur ein wenig einschränken, sondern sie werden sogar in ihrer grundrechtlichen Freiheit bedroht. Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Ja. Wir Grüne denken über den heutigen Abend hinaus sehen das auch so.